

Beschlussvorlage

Ausschuss für Umwelt, Planung und Stadtentwicklung am 12.05.2026

Innenhafen – Hochwasserschutz und Neugestaltung: Festlegung der grundsätzlichen Verkehrsführung für die freiraumplanerische Gestaltung

Antrag:

Der Bau der Kaikante wird mit höchster Priorität fortgesetzt. Für die Gestaltung des zurzeit abgängigen Kaikantenbereichs wird für den angrenzenden Verkehrsraum eine Trassenbreite festgelegt, die später alle Varianten der Machbarkeitsstudie Verkehr Schiffbrücke möglich macht. Eine finale Entscheidung über die Freiraumgestaltung zur Verkehrsführung an der Schiffbrücke wird erst nach weiteren Verkehrsversuchen festgelegt. Keine der drei Varianten wird zum aktuellen Zeitpunkt ausgeschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, mit den mobilitätspolitischen Sprecher*innen der Ratsfraktionen ein Konzept für einen Verkehrsversuch zur zukünftigen Verkehrsführung an der Schiffbrücke zu erarbeiten. Die Fraktionsvorsitzenden und externe Berater*innen können zu den Sitzungen der Arbeitsgruppe bei Bedarf beratend hinzugezogen werden.

Folgende Kriterien sind dabei zu berücksichtigen:

- Was soll wie untersucht werden (z.B. welche Straßen sind ggf. bei Verkehrszählungen zu berücksichtigen; was passiert an der Schiffbrücke, Verkehrsberuhigung, Einbahnstraße, Sperrung für den Durchgangsverkehr etc.)?
- Welche Maßnahmen sind ggf. begleitend zu berücksichtigen (z.B. Beschränkungen für (Schwerlast-/Durchgangsverkehr in der Duburgerstraße, oder Stuhrsallee)?
- Wie werden die Belange der möglicherweise von einer geänderten Verkehrsführung betroffenen Bevölkerung, von Pendler*innen, Unternehmen und dem Einzelhandel berücksichtigt?
- Welche Bedingungen müssen vor Start des Verkehrsversuches erfüllt sein (z.B. Abschluss Bauarbeiten auf der B200, ggf. vorhandene Straßensperrung im westlichen Stadtbereich, telematikgestützte Optimierung von Ampelschaltungen etc.)
- Wann und wie lange soll der Verkehrsversuch stattfinden?
- Unter welchen Bedingungen wird der Versuch frühzeitig wieder abgebrochen?

Das Konzept für einen Verkehrsversuch ist den politischen Gremien zur Beschlussfassung spätestens sechs Monate vor einer baustellenbedingten (Teil-)Sperrung der Straße Schiffbrücke, oder vor Ende der laufenden kommunalen Legislaturperiode, zur Entscheidung vorzulegen. Parallel sind die Belange und rechtlichen Einordnungen der Kreisstraße K29 Schiffbrücke eng mit der oberen Verkehrsaufsichtsbehörde, dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH Kiel), abzustimmen, um die oben genannten vorgeschlagenen Maßnahmen umsetzen zu können.

Diese 1. Ergänzung ersetzt die Ursprungvorlage.

Begründung: Die Vorstellung und anschließende Beratung über drei Verkehrsvarianten an der Schiffbrücke habe in der Hafendelegation, der Verwaltung, der Politik, den Medien, als auch in der breiten Bevölkerung zuletzt für viel Diskussion gesorgt. Mit öffentlicher Vorstellung der Ergebnisse und Abstimmung aus dem Hafendialog am Montag, den 04.05., in der Bürger*innenhalle hat die Debatte nochmals an Fahrt aufgenommen. Bereits im Vorfeld hat es im Frühjahr 2026 mediale Berichterstattung zur Positionierung der Parteien in der Flensburger Ratsversammlung gegeben.

Nach Aussage des Stadtbaurates ist eine Neugestaltung der Straße Schiffbrücke parallel zum Wiederaufbau der Schiffbrücke ohnehin nicht realistisch. Sodass eine Trennung zwischen prioritärem Wiederaufbau der Kaikante und der Neugestaltung der Straße Schiffbrücke möglich scheint.

Dabei ist es für die weitere Planung der Kaikante jedoch erforderlich, dass für alle drei Varianten eine bauliche Mindestbreite berücksichtigt wird, auch unter Berücksichtigung der Belange einer Kreisstraße.

Dies ermöglicht vor einer endgültigen Entscheidung einen Verkehrsversuch durchzuführen, der von vielen Akteur*innen in der aktuellen Debatte auch eingefordert worden ist, um belastbare Zahlen und Erkenntnisse für eine abgewogene Entscheidung zu haben. Zunächst werden mit genug Vorlauf konkrete Rahmenbedingungen, Ziele und Kriterien für einen Verkehrsversuch erarbeitet. Größere Verkehrsversuche hat es zu kontroversen Themen bereits in vielen Städten, in Deutschland und anderswo gegeben. Von der Expertise auch anerkannter Experten können wir profitieren.

Nur wenn wir wissen, was wir untersuchen wollen und unter welchen Bedingungen überhaupt realistische Testergebnisse erwartbar sind, werden wir auch ein zielführendes Ergebnis bekommen. Ohne Zielklarheit ist eine Messung reine Datensammlung.

Beschlusskontrolle: Im SUPA ist halbjährlich über den Stand der Arbeitsgruppe zu berichten.

Leon Bossen/Katja Claussen
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (mit Volt)

Gez. Mats Rosenbaum
SSW-Fraktion

Gez. Thomas Detleffsen
CDU-Fraktion

Gez. Justus Klebe
SPD-Fraktion

Gez. Tjark Naujoks
Fraktion Linkes-Bündnis

Gez. Sergej Titajef
Fraktion-HTR